

Mehr Bussen gegen Abfallsünder

GROSSER RAT Seit 2004 ist das neue Abfallgesetz im Kanton Bern in Kraft; zusammen mit der Bussenverordnung besteht seither die Möglichkeit, Abfallsündern eine Busse aufzubrummen. Über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren sprach die Kantonspolizei Bussen von gut 16 000 Franken aus, wie es in der Antwort des Regierungsrats auf eine Interpellation von Christoph Grimm (grüne, Burgdorf) steht. Im Schnitt wurde nur an jedem dritten Tag eine Busse wegen illegaler Abfallentsorgung verhängt. Wenn es sich dabei nicht nur um achtlos weggeworfene Zigarettenstummel oder Kaugummis handelt, was mit 40 Franken gebüsst wird, dürften sogar noch seltener Bussen ausgesprochen worden sein. Denn ein Hundekot kostet zum Beispiel 80 Franken oder Siedlungsabfälle bis zu 300 Franken.

Der öffentliche Raum werde von Jahr zu Jahr mit mehr illegalem Abfall verschmutzt, heisst es in der Interpellation. «Alle stören sich daran», sagte Grimm gestern im Grosse Rat. Aufgrund seiner Interpellation forderte er gestern nun mit einer Motion konkrete Massnahmen gegen Littering. Wie die Regierung musste er aber selber feststellen, dass bereits sehr viel getan wird: Anti-Littering-Kampagnen, Mehrweggeschirr mit Pfand bei Grossanlässen oder das Publikationsorgan «Abfallsplitter» vom Kanton. «Viel mehr können wir nicht mehr tun», sagte Grimm. Die Forderungen, konkrete Massnahmen gegen Littering umzusetzen und Informations- und Aufklärungskampagnen einzusetzen, sah der Grosse Rat bereits als erfüllt.

Littering hingegen mit mehr Repression in Form von Bussen zu bekämpfen, überwies der Grosse Rat mit 85 gegen 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen als Auftrag an die Regierung. Die Gesetze seien vorhanden, würden aber nicht angewendet. «Das ist verfassungswidrig», sagte die SP-Fraktionssprecherin. Die SVP, die nicht geschlossen stimmte, sagte, es fehle am Anstand. Herumliegender Abfall mache auch für die Touristen eine schlechte Falle, sagte der EVP-Sprecher. Die Forderungen richteten sich vor allem an die Polizei: «Die Polizei ‚mues häreluege‘», verlangte Grimm. Energiedirektorin Barbara Egger (sp) sagte, dass die Gemeinden gefordert seien: «Es ist eine Illusion, wenn die Polizei dies mit dem gleichen Personal machen soll.» Die Polizei habe den Auftrag noch nicht richtig fassen können, man müsse die Littering-Bekämpfung in den Vertrag aufnehmen, sagte Johanna M. Schlegel (grüne, Burgdorf).

Bilaterale Massnahmen möglich

Gemäss Gesetz sei dafür ausschliesslich die Polizei verantwortlich, sagte Polizeisprecher Jürg Mosimann auf Anfrage des «Bund». Im Rahmen der personellen Ressourcen werde die Polizei die Bussenverordnung weiterhin konsequent anwenden und illegale Abfallbeseitigung ahnden. Wenn einzelne Gemeinden besonders von Littering betroffen seien, könnten bilaterale Massnahmen festgesetzt werden, sagte er. Die Stadt Bern führte mit «Subers Bärn – zäme geits!» bereits eine Aktion durch. Im Rahmen dieser Aktion konnte die städtische Gewerbepolizei Bussen verteilen. (ba)